

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

56 (25.2.1919) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Wesensart:
in Karlsruhe frei im
Haus geliefert wochent-
lich 4.85 Mk., monatlich
1.20 Mk., an den
Abnehmern 1.20 Mk.
Answärts durch
die Post frei in
Sachsen gebucht vier-
teljährlich 4.17 Mk., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittlerstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die Anzeigenspreise
sind in der Regel nach
der Art und Weise der
Anzeige zu berechnen.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Anzeigen werden
bis 4 Uhr nachmittags
genommen.
Geschäftsstelle Nr. 209,
Berlin Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Verleger: Gustav Neppert; verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Dörmann; für Inserate: Paul Kuhn u. u. Druck und Verlag: C. S. Kallersche Hofbuchhandlung in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Freystraße 65/66. Teleph.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Nr. 56.

Dienstag, den 25. Februar 1919

Erstes Blatt.

Deutsches Reich.

5. Aus Weimar wird uns berichtet:
Die Nationalversammlung hatte gestern erst wieder langwierige Geschäftsordnungsfragen zu erledigen, da die Unabhängigen gegen die Behandlung des endgültigen Verfassungsentwurfes und der Wehrvorlage Einspruch erhoben, weil sie noch nicht die vorgeschriebenen drei Tage in den Händen der Abgeordneten seien. Bei einer Abstimmung erlebte man die Sensation, daß Deutsch-Nationale und Deutsche Volkspartei mit den Herren Baumbach und Cohn zusammengingen. Schließlich konnte aber der Reichsminister des Innern doch die mündliche Begründung für seinen Verfassungsentwurf vortragen. Man erfuhr von ihm, daß bei der Beratung im Staatenhaus, wie man freilich bereits wußte, die Gegenstände zwischen Reich und Gliedstaaten hart aufeinander gepaßt sind und das Ergebnis ein Kompromiß ist, das unter dem Druck der schwerwiegenden Existenzfragen des Reiches in 48 Stunden zustande kam. In einer möglichst raschen Erledigung im Kompromißwege suchte der Minister denn auch eine Hauptaufgabe der Nationalversammlung zu suggerieren. Wenn man nun noch die stark geklärten Punkte hat, möchte man meinen, daß dies auch das Wahrscheinlichste ist.

Herr Dr. Preuß gab sich wieder viel Mühe, den Einheitsgedanken zu betonen. Ihm zuliebe wollte er die Bezeichnung „Deutsches Reich“ nicht etwa zugunsten von „Vereinigten Staaten von Deutschland“ aufgeben. Daß es sich aber um ein neues Deutschland handelt, sollen die neuen Farben Schwarz-Rot-Gold anzeigen, die zugleich an die früheren großen deutschen Freiheitskämpfe erinnern. Der Minister ging dann auf Einzelheiten seines Entwurfes ein. Die Art des Vortrages war ziemlich akademisch und konnte zunächst das Interesse des Hauses nicht allzu sehr fesseln. Man bemerkte nur hier und da ein verständnisvolles Kopfnicken, als der Minister ausging, daß die Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Einzelstaaten nicht klar genug gezogen werden könnten. Natürlich sagte er nichts von den Worten, die ein süddeutscher Regierungsvertreter geäußert haben soll: „Und wenn zehn Revolutionen kommen, die Reservatrechte werden bleiben.“ Immerhin, die feststehenden diplomatischen Vertretungen zwischen den deutschen Staaten sind überflüssig geworden. Mit erfreulicher Energie untertrieb Dr. Preuß die Unzulässigkeit des Verfallsrechts und betonte, daß Bayern nun doch wenigstens auf seine Sonderbriefmarken verzichten hat. Reichsvorläufig geht der Entwurf um das Verhältnis von Staat und Kirche herum. Herr Preuß verteidigte auf die Zukunft. Das gilt auch für die wichtigsten Fragen des Fortbestehens der bisherigen Gliedstaaten, die sogar zum Teil die Tendenz zum weiteren Zerplatzen zeigen. Koburg will z. B. los von Gotha. Auch hier ist, wie man aus den Worten des Herrn Ministers vernahm, der praktische Kompromißweg ziemlich dunkel. Eine Vergewaltigung der Einzelstaaten ist unbedingt ausgeschlossen. Herr Preuß kündigte sich bekanntlich nicht dagegen, wohl aber daß die überwindende Mehrheit des Staatenhauses, und zwar sehr energisch, Herr Preuß nicht weiter als gut Adokat die Bedeutung des Volkshauses gegen das Staatenhaus zu verteidigen und empfahl ihm auch im eigenen Interesse nicht zu kurze Legislaturperioden. Andererseits macht der vorliegende Entwurf eine kollegiale Ueberstimmung des Reichskanzlers mit den Ressortministern in den wesentlichsten Fragen notwendig. Das Bekenntnis aber, das Herr Preuß dabei zu dem Parlamentarismus mit möglichst direktem Einfluß auf die Verwaltung der Regierung ablegte, wird so mancher in vollem Umfange nicht unterschreiben wollen. Gewiß werden politische Kräfte herangezogen, aber auch ein bedenklicher politischer Ehrgeiz geizig. Zum mindesten muß die öffentliche Meinung sich rechtzeitig der Schwächen des Parlamentarismus bewußt werden, um regulierend einwirken zu können. Zunächst wird die Nationalversammlung mit größter Gewissenhaftigkeit dem Entwurf der Verfassung zu prüfen haben, in deren Gut die deutsche Wiedergeburt erfolgen soll.

Infolge des erwähnten Einspruches der Unabhängigen wurde die Erörterung des Antrages einer provisorischen Reichswehrordnung auf heute früh verlagert. Es scheint, als ob das Tagesprogramm nicht grundsätzlich eingehalten werden soll.

Der Sitzungsbereich.

(Eigener Bericht.)

Weimar, 24. Febr.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht das Reichswehrgesetz und das Reichsverfassungsgesetz.
Der Präsident schlägt dem Hause die Umstellung der beiden Gegenstände vor.
Hr. Baumbach (N. S.) erhebt Widerspruch gegen die Verfassungsberatung, da der Entwurf erst am Sonntag zur Verteilung gelangt sei und ihm eine schriftliche Begründung fehle.
Gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Unabhängigen befaßte die Mehrheit die Begründung des Verfassungsentwurfes durch den Staatssekretär des Innern, Dr. Preuß, heute entgegen zu nehmen.
Das Reichswehrgesetz wird auf Widerspruch der

II. S. R. und eines Teiles der Deutsch-Nationalen Volkspartei von der Tagesordnung abgehakt, weil es zu spät eingegangen ist.

Die Reichsverfassung.

Staatssekretär des Innern Dr. Preuß: Als ich die vorläufige Verfassung vorlegte, war ich keineswegs sicher, so schnell nach verhältnismäßig kurzer Zeit den endgültigen Verfassungsentwurf als einstimmigen Beschluß der Reichsregierung vorlegen zu können. Der Entscheidungslampf um die Verfassung beginnt erst jetzt. Die Nationalversammlung wird endgültig zu entscheiden haben. Die Reichsregierung und die Gliedstaaten sind in allen Hauptfragen zu einer Verständigung gekommen, wobei nur drei Punkte kritisch geblieben sind, von denen auch nur einer grundsätzliche Bedeutung hat. Das war nicht anders möglich, als daß jeder einen oder mehrere Punkte zurückziehen muß. Freilich, ich verneine nicht, der organisierte Grundgedanke konnte nicht in fixer Einbringung zeitlich durchgeführt werden, aber die republikanische Staatsform, die Durchführung der Demokratie ist reiflos und in gerader Linie in dem Entwurf enthalten. Die Ansätze, Rechte der Einzelstaaten, Reservatrechte, die noch im Entwurf enthalten sind, sind ohne Ausnahme Erblichkeiten aus der früheren Verfassung des Kaiserreiches. Das deutsche Volk steht zum erstenmal in seiner Geschichte vor der Aufgabe, den Grundriss zu verifizieren: Die Staatsgewalt liegt beim Volke! Der Ausgangspunkt ist die Selbstregierung des Volkes in seiner Gesamtheit. Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, dem neuen Staatswesen den Namen „Vereinigten Staaten“ von Deutschland zu geben, was im Grunde genommen einen partikularistischen Rückschritt bedeuten würde. Das Wort „Reich“ ist beibehalten, weil Traditionen von Jahrhunderten, die ganze Schmelze des zerplatzten Reiches nach nationaler Erwägung an dem Namen „Reich“ hängen; wir würden daher tiefwurzelnde Gefühle ohne Grund und Zweck verletzen, wenn wir von diesem Worte abgehen wollten. Trotz dieses Wortes ist das neue Deutsche Reich ein Freistaat, eine Republik. Wenn die Verfassung vorschlägt, dem neuen Reich die neuen Farben Schwarz-Rot-Gold zu geben, so bezweifle ich, daß es für viele eine schwere und schmerzliche Entscheidung ist, die Farben, die für Jahrhunderte lang zum Reich gezeichnet haben, verwerfen zu lassen. Aber es sind gewaltige Veränderungen, die die gegenwärtigen Verhältnisse als eine in sich abgeschlossene Periode erscheinen lassen. Einen gewissen Frieden Nationalstaat wollen wir organisieren, aber nicht in nationalistischer Absicht. Die junge deutsche Republik betont sich zum Völkerbund und zum Völkerrecht. Aber eine unerlässliche Voraussetzung ist dabei: Die deutsche Demokratie kann nur den Völkern und Beschlüssen, der die Gleichberechtigung und die Freiheit aller seiner Mitglieder vorbehaltlos anerkennt. Das müssen die älteren Demokratien endlich begreifen, wenn sie nicht den demokratischen Fortschritt freudlich verhindern wollen. Die Homogenität zwischen Reich und Gliedstaaten ist durch die neue Verfassung bis zu einem gewissen Grade garantiert durch Normativbestimmungen für die Verfassung der Einzelstaaten, durch die republikanische Verfassung, das demokratische Wahlrecht und die dem Volke verantwortliche Regierung. Es besteht hiemit die Hoffnung, daß eine solche Homogenität der Verfassung eine Stärkung und Förderung der Reichseinheit zur Folge haben wird. Ein erfreulicher Fortschritt gegen früher ist es, daß die auswärtigen Beziehungen nun ausschließlich Reichssache sind. Es soll hier mit Dank anerkannt werden, daß die Gliedstaaten auf das aktive und passive Staatsbürgerrecht verzichten haben. Nur sehr schwer hat sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Streichung des Abschlusses zu verzichten, daß die einzelstaatlichen Kriegsmilitären bestehen bleiben. Im Interesse der Vereinheitlichung des Militärwesens wäre es zu wünschen, daß es der Nationalversammlung gelingen möge, hier über den Entwurf hinaus einen Schritt vorwärts zu gehen. Auch in der Frage der Vereinheitlichung des Reichswehrwesens ist nicht ganze Arbeit gemacht; denn auch nicht alles erreicht ist, so sind Fortschritte gegen bisher gemessenes erzielt. Ferner ist, daß demnach eine deutsche Reichspostmarken im ganzen Reich gezeichnet wird.

Eine starke Förderung hat der Einheitsgedanke auf dem Gebiete des Finanzwesens erfahren. Hier hat der Druck, der ausblicklich auf unserem Lande lastet, sich durchgesetzt. Kirche und Schule sind nicht aufgenommen worden, entgegen den ursprünglichen Ansichten der Regierung. Den Einzelstaaten steht hier eine Reihe von Sonderrechten vorbehalten; es besteht aber die begründete Aussicht, daß sie möglichst bald beseitigt werden können. Grundsätzlich der territorialen Vereinheitlichung der Gliedstaaten steht die Verfassung Vereinbarungen zwecks Zusammenfassung vor. An der praktischen, überaus dringenden und wichtigen Frage, ob die Reichsregierung einfach die 25 Gliedstaaten in ihrem Bestande organisieren soll, kommt man nicht vorbei. Mit dem bloßen Verbleibenlassen ist es nicht getan. Das Reich müßte sie etwa durch einen Eintrag erhalten. Diese Sache ist zum Entzweien gekommen. Coburg und Rostock wollen sich voneinander lösen. Preußen will los von Baden. Die sofortige Durchführung des Einheitsgesetzes ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, so daß ein Weg zur allmählichen Umfassung in dieser Richtung gesucht werden muß. Wenn die Vereinigung der Reservatrechte nicht zustande kommt, kann die Verwirklichung der Reichsregierung angestrebt werden. Der Satz, daß diese Vereinigung erfolglos, so kann auf Antrag eines der Beteiligten die Angelegenheit durch ein Reichsgesetz geregelt werden, ist vom Staatsausfluß vollständig gestrichen worden. Er ist von den drei kritischen Punkten der einzige von grundsätzlicher Bedeutung. Die Reichsregierung hat gegenüber diesem Widerspruch des Staatenhauses sich wiederholt einstimmig für die Beibehaltung dieses Satzes ausgesprochen. Da die Idee des Staatenhauses seinen Verfall findet, so soll ein Reichsrat geschaffen werden. Gewiß geht es auch so, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichsrat nicht ein dem Reichstag gleichberechtigter Rat sein kann, wie es der Bundesrat früher war. Diese Kampfbedingung ist so auch im Entwurf durch-

geführt. Dem Reichstag steht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht zu. Den auch vom Reichstag abgelehnten Entwurf kann die Reichsregierung in ihrer Form an den Reichstag bringen. In der Organisation der Reichsverwaltung ist der demokratisch-republikanische Standpunkt als Leitgedanke rein und klar durchgeführt, so vor allem in den Bestimmungen über den Reichstag.

Wander wird geneigt sein, in der Einigung eines Wahlsprüngesgerichtetes eine Einigung der Rechte des Reichstages zu sehen. Aber ich glaube mit Unrecht, denn die Prüfung der Reichsqualität der Wahlen ist eine durchaus richterliche Funktion, mag der Reichstag als durchaus politische Körperschaft nicht gerade geeignet ist. Neben dem Reichstag stellt der Entwurf den unmittelbaren aus Volkswahlen hervorgehenden Reichspräsidenten. Es erscheint mir notwendig, neben dem unmittelbaren, aus rein demokratischen Wahlen hervorgehenden Parlament eine durch dieselbe demokratische Grundlaute gestützte starke Präsidentenmacht zu stellen. Das parlamentarische System verlangt ein solches Gleichgewicht der Gewalt. Neben den sich ergänzenden Funktionen von Reichspräsident und Reichstag, an die Wähler zu appellieren, hat der Reichspräsident die Funktionen des republikanischen Staatsoberhauptes. Die wichtige staatsrechtliche Funktion des Reichspräsidenten ist die Bildung der Reichsregierung, für die der Entwurf wiederum das Reichskanzleramt vorsieht, aber in weitaus größerer Stellung. Der Reichskanzler ist nicht mehr der einzige verantwortliche Träger der Reichsregierung, sondern Reichspräsident des Reichsministeriums. Man hat für diesen abschließend die Kollegialverfassung vorgeschrieben, weil diese der Gestaltung der praktischen Bedürfnisse überlassen bleibt. Die Verfassungsänderungen sind gegen früher erweitert. Solche Erweiterung liegt im Sinne demokratischer Verfassung. Bei den besonderen Verhältnissen des Reiches und der Gliedstaaten werden dadurch auch Grenzveränderungen ermöglicht. Die Gliedstaaten müssen darin eine feste Garantie der ihnen zukommenden Rechte sehen. Sie können daher mit um so leichter Herzen auf Reservatrechte der alten Art verzichten.

Reichsregierung und Staatenausfluß legen mit diesem Entwurf die alleinige endgültige Entscheidung in ihre Hand. Was von ihrer Kraft und Weisheit für die Zukunft unseres hartgeprüften Volkes abhängt, wissen Sie. Bitte Sie bei Ihrem Verstehe die Stimme des Reichspräsidenten zu sein: Ich kenne nur ein Vaterland, und das ist Deutschland! Deshalb kann ich auch nur dem gesamten Deutschland und nicht einem Teile davon mit ganzem Herzen ergeben sein. (Beifall.)
Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.
Schluß 1/2 Uhr.

Der Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Febr. Der Reichsfinanzminister Schiffer beabsichtigt, innerhalb 8 Tagen der Nationalversammlung einen Notetat vorzulegen. Die Vorarbeiten hierzu werden zuerst in Berlin eifrig betrieben.

Die Reichswehr.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Febr. Ueber den Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, der heute in der Nationalversammlung zur Verhandlung kommen sollte, bereiten die Reichsparteien eine Reihe von Abänderungsvorschlägen vor, worin ausdrücklich ausgesprochen wird, daß die Mitglieder der bisherigen Freiwilligenheeres, insbesondere aber die aktiven Unteroffiziere und Offiziere, den ersten Anspruch auf Uebernahme in das spätere Reichsheer haben sollen.

Graf Brodorski.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Febr. Die veränderten Meldungen und Gerüchte, die vereinzelt schon seit Beginn der Nationalversammlung über einen Rücktritt des Grafen Brodorski aus dem Reichsheer verbreitet worden sind, haben ihre abschließende Klärung in der letzten Berichterstattung der meisten nationalen und auch demokratischen Presse über die furchtbare Laue, in die wir schrittweise durch die Waffenstillstandsbedingungen gelangt sind. Die Stellung eines jeden deutschen Innenministers ist dadurch von vornherein sehr erschwert und Graf Brodorski hat für diese Stimmung aus volles Verständnis, das er vor einer Woche sehr offen geäußert hat und wodurch die irreführende Meldung von seinem Rücktritt veranlaßt wurde. Der zweite, mehr positive Grund ist der Gegensatz zwischen Brodorski und Graber, der sowohl persönlich, wie durch ihre Stellung auseinander ist. Nun hat es schon immer Leute gegeben, die mit der Berufung des ehemaligen Stobener Grafen zum Reichskanzler als Staatssekretär des Innern nicht zufrieden waren, weil sie ihn nicht für geeignet ansehen und andere Kandidaten in Veredschaft hatten. Alles in allem, Graf Brodorski steht gewiß nicht sehr fest, man kann sich jedoch aus bestimmten Persönlichkeiten, die mit modernen diplomatischen Methoden eine reiche parlamentarische Erfahrung verbinden, als Reichsminister sehr gut vorstellen, aber aktuell ist die Frage eines Rücktrittes des Grafen nicht.

Revision unter dem Personal der deutschen Gefandtschaften.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Febr. Staatssekretär Brodorski-Kanbau hat verfaßt, daß in den deutschen Gefandtschaften im Ausland eine gründliche Revision des Personals stattfindet. Ein Unterstaatssekretär hat sich auf diesem Wege nach Bern begeben und wird, wenn dort die Revision beendet ist, zunächst nach Holland und dann in die nordischen Staaten gehen.

Eine kaum glaubliche Nachricht.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Weimar, 24. Febr. Nun Oberhofmarschall des Reichspräsidenten Gheri ist der Direktor der Anwaltschaft b. Solmsdorff ernannt worden. Der neue Oberhofmarschall ist ein Bruder des früheren Chefs des Admiralschiff der Marine, Admiral von Solmsdorff.

Die Vorgänge in Bayern.

Die Parole.

(Eigener Drahtbericht.)

b. München, 24. Febr. Die Enttarnung der Ereignisse in München haben nach Blättermeldungen dazu geführt, daß der Spartakusbund unter allen Umständen entschlossen ist, seine Diktatur durchzuführen. Das gegenwärtige Zusammenarbeiten mit den Reichsregierungen wird von dem Spartakusbund bald aufgegeben. Die Lauff des Spartakusbundes in München stellt darauf ab, das gesamte Proletariat unter der Parole: „Die Revolution ist in Gefahr“ auf seine Seite zu ziehen.

Annahme des Antrages auf Auslösung der Käte-republik.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)

b. München, 24. Febr. Nach dem Bericht der „Neuen Zeitung“ über die Verammlung der Münchener Arbeiter- und Soldatenräte konnte der unabhängige Rechtsanwalt Dr. Wabner die einstimmige Annahme eines Antrages auf Auslösung der bayerischen Käte-republik feststellen, wodurch die Möglichkeit geschaffen ist, den Käte-republik als alleinige Vertretung des arbeitenden bayerischen Volkes nach München zu berufen, während der Landtag durch die Wünsche der Sozialisten, der Interner und der Presse bestimmt ist. Diese Behauptung widerspricht auch der Anschauung, die das alte Reich an leitender Stelle zum Ausdruck bringt, wenn es behauptet: „Der am 12. Januar gewählte Landtag ist am 21. Februar nutzlos auseinandergegangen. Diese Volksvertreter wollen anaristisch eine wirklichen Gefahr keinen Augenblick, ihren Platz zu behaupten, sondern fliehen. Wenn heute von mehrheitssozialistischer Seite die Einberufung des reichs-nachwählenden Landtags, sobald es die Umstände erlauben, verlangt wird, so ist das nur als Erfüllung einer formalen Pflicht aufzufassen. Am Ernst glaubt doch kein Reich mehr daran, daß dieser Landtag den Willen des Volkes repräsentiert.“

Truppenkonflikte und ländliche Bevölkerung gegen die Käte-republik.

(Eigener Drahtbericht.)

b. München, 24. Febr. Die Garnisonen München und Nürnberg haben die bayerischen Truppenkonflikte in der Provinz gegen die Käte-republik erklärt und in Telegammern an den Reichspräsidenten die Wieder-einberufung des Landtages gefordert.

Nach hier eingegangenen zuverlässigen Meldungen über die Ereignisse in Bayern haben die Münchener Kommunistenpublik an der in Nürnberg und Augsburg bisher keine Nachahmung gefunden. Fast das ganze ländliche Bayern ist gegen die Käte-republik, verfügt jedoch über wenig Truppen. Die Hoffnung, daß die Provinstruppen die neue Regierung in München erfolgreich bekämpfen können, ist gering, wenn nicht militärische Hilfe vom Reich kommt. Die Abreise der bayerischen Abgeordneten in Weimar ist allgem. Bis gestern mittag waren nur noch 18 bayerische Abgeordnete in Weimar.

Die Straßenbahnen fahren in München wieder. Die Arbeiter waren in die Fabriken gegangen, verließen diese jedoch um 9 Uhr vormittags, um sich zu bewaffnen. Es werden alle organisierten Arbeiter, mit Ausnahme der christlich organisierten, bewaffnet werden und solche, die gar nicht in Arbeit stehen.

Das neue Ministerium.

(Eigener Drahtbericht.)

b. München, 24. Febr. Durch eine Sitzung des Reichskanzlers, an der die noch anwesenden Minister Krausenborfer, Kasse und Unterleitner teilnahmen, ist das neue Ministerium gebildet worden. Ministerpräsident und Minister des Innern ist Professor Dr. Körtner.

München, 24. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für militärische Angelegenheiten ist vom Reichskanzler der A. und S. M. die bisherige Regierungsdirektor des bayerischen 1. Armeekorps, Scheid, beauftragt worden.

Die Geiseln Timm und Köppler.

(Eigener Drahtbericht.)

b. München, 24. Febr. Nach Mitteilung, die an amtlicher Stelle vorliegen, sollen die mehrheitssozialistischen Minister Timm und Köppler von den Spartakisten als Geiseln ergriffen worden sein. Die Lage ist wenig erhellend.

Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)

b. München, 24. Febr. Von den Münchener Blättern ist im Laufe des Montags außer der von Eisner angeordneten „Neuen Zeitung“ nun auch die „Staatszeitung“ sowie das mehrheitssozialistische Organ, die „Münchener Post“, wieder erschienen; die übrigen Zeitungen sollen dagegen erst in etwa 10 Tagen freigegeben werden. Schriftleitung, Leiter und Druckpersonal der „Münchener Post“ hatten es am Samstag abgelehnt, sich unter Vorzeichen zu stellen. Die erste Seite der Nummer trägt Trauerand und enthält in einem Nachruf auf Eisner die Mitteilung, daß sich im Reich die Anschläge der mehrheitssozialistischen und Unabhängigen vereinigt haben zum Kampfe gegen den Terror von rechts, aber auch von links.

Beifugung Eisners: 26. Februar.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 24. Febr. Der Reichskanzler ordnete für den Bestattungstag Eisners, den 26. Februar, 10 Uhr, eine allgemeine Arbeitsruhe, Beflagung aller Häuser und feierliches Geläute aller Gloden an.

b. München, 24. Febr. (Drahtmeldung un. Münch. Korresp.) Die Bevölkerung ist aufgebracht worden, auch überzeugs die Häuser mit Feuerkugeln zu versehen. Für morgen sind sämtliche Minister und Sängere München zu einer Hauptprobe in das Deutsche Theater geladen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Die Fraktionen.

Am Ständehaus in Karlsruhe waren am Montag die Fraktionen der verfassunggebenden Landesversammlung versammelt. Die Aussprache galt vor allem den Mitteilungen des Finanzministers im Haushaltsauschuss über die badische Finanzlage und über die Gewährung einer neuen Leihungszusage an die Beamten und Arbeiter im Staatsdienst. Mit dieser Frage wird sich dann auch eine am Donnerstag abend Freitag dieser Woche stattfindende öffentliche Sitzung der Landesversammlung beschäftigen.

Die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer.

Die Abg. Riederhölzl (Dem.) und Gen. haben in der verfassunggebenden Landesversammlung folgende Beschlüsse eingebracht: Bis zum 31. Juli 1919 ist die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner der Kriegsteilnehmer in oder vor, nur mit Bewilligung des Vollstreckungsausschusses zulässig. Diese kurze Frist ist zur Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sandweg und Gewerbe unzureichend. Welche Schritte abends die Regierung zur Längerer Beibehaltung der Vorschriften zum Schutze der Kriegsteilnehmer und aller durch den Krieg geschädigten Personen zu unternehmen?

Unter der vorläufigen badischen Regierung.

Ruhe im Lande.

In Karlsruhe herrscht seitern den letzten Tagen über Ruhe, die wir wie auf Grund und Boden in der nächsten Stelle erfahren, auch im nördlichen Lande nicht abhandelt wurde.

Aus Mannheim, mit dem man sich seit Montag vormittag 8 Uhr wieder telefonisch verständigen kann, werden über die Vorgänge am Samstag und Sonntag nun nähere Einzelheiten bekannt. Als die Unabstimmungen und Spaltungen das alte Landesparlament am Samstag nachmittag eskalierten, stellte sich ihnen der Kommandant des Gefängnisses, ein Leutnant, und der Aufseher entgegen. Beide wurden übermächtig, der Aufseher schwer mißhandelt; sein Zustand ist bedenklich. Auch der Kommandant wurde erheblich verletzt. Die Kämpfe um das Gefängnis der 'Vollstreckung' waren besonders am Sonntag nachmittag sehr heftig. Der Strakenverkehr wie der Strakenbahnverkehr bewegten sich in den üblichen Bahnen. Verkehrswert ist übrigens noch, daß einige bei der Erstürmung der Gefängnisse freigelassene Gefangene wieder zurückkehrten, da sie nichts zu essen hatten. Eine Drahtmelde vom Montag nachmittag 5 Uhr sagt: Der Tag ist bis zu dieser Stunde ruhig verlaufen. Vormittags hatten die parlamentarischen Verhandlungsmannschaften den Beschl. des Postamt. die 'Vollstreckung', die 'A. Landesbestimmung' und andere Gebäude, die sie besetzt hatten, verlassen mit der Bemerkung, daß sie keine Absicht erzielten, wollten sie nach Hause gehen und sich auflösen, sie würden aber weiterkommen. In Kreisen, die die Verhältnisse hier zu beurteilen vermögen, hält man dies für sehr wahrscheinlich. Man darf nicht aus dem Auge lassen, daß die Spaltungen über eine größere Anzahl von Wahlen verlaufen, wenn ihre Zahl auch verhältnismäßig klein ist. Den ganzen Montag über lieferten Verhandlungen zwischen den Mehrheitsfraktionen und den Unabstimmigen, ohne daß bis zur Stunde eine Einigung aufgefunden worden wäre. Wie man hört, wird der Arbeiterrat neugebildet werden; er soll künftig fünf Mehrheitsfraktionen, drei Unabstimmigen und einen Kommunisten umfassen. Die Verhandlungen am Gebäude der 'Vollstreckung' sind unbedeutend. Das Blatt ist am Montag zur bestimmten Zeit erschienen.

Aus Baden.

Schwarzschlachungen.

Schwarzschlachungen wird bekannt gegeben: Die vorläufige Volksregierung hat sich mit der Frage befaßt, ob Viehtatort einzuführen sind, welche aber absehen zu sollen, da sie beweislos, ob eine einwandfreie Führung der Viehtatort bei der Befragung der Gemeindebehörden und bei der Überprüfbarkeit der Bevölkerung neuen neu einzuweisen Vorschriften auf dem Gebiete der Landwirtschaft sich ermöglichen lassen. Wird der Viehbestand weiter durch Schwarzschlachungen gemindert, so wird sich nach Wiederherstellung der Viehbestände eine außerordentliche Erziehung in der Aufzucht des Schlachtwiebes erheben. Das Ministerium für Ernährungswesen hat deshalb erneut angeordnet, daß die Bezirksämter und Kommunalverbände die Abgabe von Fleisch in Form von Speisekartons, in Vereinen und Gefängnisräumen, in Fremdenheimen sowie in der Verkaufsräumen von Fleisch und Fleischwaren einer strengen Kontrolle unterziehen. Soweit das zur Verfügung stehende Personal ausreicht, ist dies zu tun, das Bezirksamt mit dem Kommunalverband alsbald in Verbindung zu treten, daß er sofort besondere Kontrollstellen mit der Übernahme der Lebensmittelkontrolle beauftragt werden würde im Einvernehmen zwischen Bezirksamt und Kommunalverband zu erfolgen haben. Das Ministerium für Ernährungswesen hat Auftrag gegeben, den in Betracht kommenden Gewerbetreibenden einen Unterschrift zu erteilen, daß sie nicht nur unmaßstäblich Anzeigebüro weichen, sondern im Falle der Widerstandnahme auch die sofortige Schließung ihres Betriebes unmaßstäblich erfordern wird. Diese Schließung werde neben dem Verfall der Beiträge auch dann verfallt werden, wenn sie unmaßstäblich Fleisch ohne Fleischwaren an den Verbraucher verabfolgen oder an Fleischlosen Tieren Fleisch abgeben.

Nach Anordnung des Ministeriums ist auch im Bereiche der Lebensmittelverkehr strenge zu überwachen. Gegen die Veranlassung von Schwarzschlachungen ist mit aller Schärfe vorzugehen.

Zur Überwachung des Verkehrs mit Aus- und Ausfuhr hat das Ministerium für Ernährungswesen eine Verordnung erlassen.

Der Landesauschuss der badischen Klein- und Obsthändler.

hat in einer in Offenbach abgehaltenen Ausschussung beschlossen, den Vorsitzenden der Reichsbrandweinvereine auf das dringende zu erlauben, beim Reichsbrandweinamt die Aufhebung der Verordnung vom 24. Februar 1917 über den Verkehr mit Branntwein aus Klein- und Obsthändler alsbald zu erwirken, da der Zweck der genannten Verordnung, die Verlagerung des Feldweines mit Branntwein, ist hinfällig geworden ist. Die badischen Klein- und Obsthändler werden daher ihre Erzeugnisse nicht mehr absetzen und auch deshalb nicht, weil ihnen nicht bekannt ist, wie der abgesetzte Branntwein vermerkt wird.

Karlsruhe, 24. Febr. Im Ministerium des Inneren wird kürzlich eine Verordnung des bad. Landesauschusses für Reibebüchsen und des jüngst gegründeten badischen Landestags für Förder-

pflege und Jugendberziehung" statt mit dem Ergebnis, daß die beiden Organisationen sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen.

a. Weingarten, 23. Febr. Der Gemeinderat in Lautenbach hat an den hiesigen Arbeiterrat ein Schreiben gerichtet, worin er für die den Arbeitern im dortigen Rathaus angelegte Unbill um Entschädigung bittet. — Es wurde für 1919 eine Erhöhung der Steuerumlage um 4 Pfennig in Aussicht genommen.

Kastell, 24. Febr. Das Gasthaus zur Frauen Kap ist für 52 000 M. dem katholischen Gelehreren erworben worden.

Freiburg, 24. Febr. Der bad. Bauernverein hat (wie berichtet wurde) vor einiger Zeit an die badische Regierung den Antrag gerichtet, daß diese bei den maßgebenden Stellen in Berlin sich gegen die Einführung der Sommerzeit wenden möchte, da die Sommerzeit insbesondere für die Landwirtschaft große Nachteile bringe. Das Ministerium des Inneren hat dem Bauernverein jetzt darauf geantwortet, daß die badische Regierung die gegen die Sommerzeit gerichteten Bedenken teilt und diese ablehnende Stellungnahme bei den Reichsbehörden mit Nachdruck vertreten wird. Die Landwirtschaft hofft, daß die Bestimmungen unserer Regierung in Berlin von Erfolg sind.

Sohlentenen (bei Waldshut), 24. Febr. Der 20-jährige Bauarbeiter Gustav Maierlich wurde in einem hiesigen Steinbruch verunglückt und erlitt den Schädelstich.

Aus dem Stadtkreise.

Erdbeben. In der Nacht von Sonntag auf Montag registrierte der Seismograph im Beobachtungs Institut der Technischen Hochschule ein mittelstarkes Erdbeben. Der erste Einbruch der Vorläuferwellen erfolgte um 2 Uhr 59 Minuten mitteleuropäischer Zeit. Der Herd des Bebens liegt in einer Entfernung von etwa 3000 Kilometern.

Zur Auflösung. Beim Bezirkskommando Karlsruhe meldeten sich außerdem Leute mit dem Wunsche um Einstellung in das japanische Heer. Es wird darauf hingewiesen, daß weder beim Bezirkskommando noch bei anderen amtlichen Stellen von derzeitigen Anwerbungen etwas bekannt ist. Es handelt sich hier also lediglich um falsche Gerüchte. Daher kann nur dringend davor gewarnt werden, sich mit irgendwelchen Agenten oder sogenannten Rekrutierungsbüros der betreffenden Staaten in Verbindung zu lassen.

Die Bewilligung von Ein- und Ausfuhr von Konsumgütern kann, wie von amtlicher Stelle gemeldet wird, nicht vom Willen der Behörden allein abh. Den abdrückten Bescheid, die aus dem Publikum an die betreffenden Stellen gelangen, soll teils insofern Rechnung getragen werden, als man die Frist zur Erledigung der Bewilligungsaufträge, die bisher mehrere Wochen währte, auf eine Woche herababzurufen sucht und sich der Hoffnung hinsetzt, derartige Gesuche in Karlsruhe in zwei bis drei Tagen erledigen zu können. Die materielle Frage aber läßt sich nicht im Einzelfall entscheiden. Man muß dabei immer berücksichtigen, daß heute selbst das kleinste Konsumgut eine Frage der gesamten Volkswirtschaft ist und daß deshalb die Interessen des Einzelnen gegenüber dem Vorteil der Gesamtheit zurücktreten müssen.

Der Abtransport der Deutschen aus Ostbaltica ist im Gange; die ersten Schiffe haben Wlata verlassen.

Die badische Gefangenenerziehung schreibt uns: Vor einiger Zeit brachte die 'Richter Morgenpost' und danach zahlreiche deutsche Zeitungen eine beunruhigende Nachricht über schreckliche Verhältnisse in der badischen Gefangenenerziehung. Die Tatfache, die von uns festgestellt wurde, ist folgende: Rannels französischer Soldaten war der Abtransport kleiner Pakete im Januar abgelehnt. Durch Schweizer Postwagen erfolgte Abtransport gekaufter Pakete vollständig bis 8. Februar, arde Pakete erlitten nur keine Verwundung. Es handelt sich um eine vorausgehende Folge der Tatsache, daß Frankreich aus Deutschland keine Viehschablen zu schicken braucht. Am Ofen ist kein neuer Gefangenenschlüssel für diejenigen Familien erlassen, die in Sibirien Gefangene haben. Zwei Stellen übermitteln sich wieder Briefe nach Sibirien: 1. Deutscher Sonderauschuss für Kriegsgefangenenhilfe, Kopenhagen, Vredgade 45, betrifft Vermittlung, 2. Kriegsgefangenenhilfe vom Christlichen Verein junger Männer, Bern, Effnerstr. 10. Außerdem hat der Christliche Verein junger Männer auch die persönliche Verbindung mit Sibirien wieder hergestellt. 200 Sekretäre des Christlichen Vereins junger Männer arbeiten teils in Sibirien, so daß wir hoffen können, in absehbarer Zeit wieder Nachrichten zu erhalten. Die Unterstützung wie der Nachrichtenverkehr mit Sibirien würde erheblich erleichtert werden, wenn das rote Kreuz in der Lage wäre, die teils sich bietende Gelegenheit zur Verbindung mit der Archid. Slowakischen Front verständig zu finanzieren. Leider ist zu fürchten, daß bei dem sehr geringen Interesse, das die Gefangenenerziehung in Baden erweist, es uns unmöglich sein wird, unsere Pflicht für unsere in Sibirien befindlichen Gefangenen zu tun. Wir machen die Familien redteilhaft auf diesen Zusammenhänge aufmerksam.

Lebensmittelverteilung. Diese Woche werden u. a. Weizenkörner, Magerwürfel und Nottsuppen (Loie), Marmelade, Kaffee-Grab, Sagerlöden, Fruchtsäfte und Kinder-Nahrungsmittel ausgegeben. Nach werden wieder 200000 (1 Stück zu 15 Pf.) gegen Marke F Nr. 108 verteilt. Sodafische (frisch gemästet) sowie Caertraul sind markenf. Fett (Butter) haben diese Woche die Verkaufsstellen Nr. 1 bis 200. Infolge geringer Zufuhr an Eisen kann die Eisenmarke Nr. 105 in den Verkaufsstellen Nr. 200 bis 330 erst in der Woche vom 3. März bis 9. März eingeliefert werden. Die Marke ist deshalb aufzubehalten. Für die nächste Woche ist u. a. die Verteilung von Feinwaren, Marmelade, Süßstoff, geschälten Bohnen, Fruchtsäfte und von Fleischpulver und eine außerordentliche Verteilung von Seifenpulver vorgesehen.

Veranstaltungen.

Trieb-Veranstaltung. Der von Margarete Schweitzer veranstaltete Triebabend findet nun doch am Mittwoch, den 26. ds. Ms., abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Konseratoriums statt. Weitere Mitwirkende sind: Fritz Cortolozis (Maurer), Karl Bittel (Hörle), Hugo Lütjke (Viola), Paul Trautwetter (Cello).

Der Senat. Abend Post, Frau Commer-Karrer und Eske Post ist am Samstag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr, verlegt.

Der Volkstag. Der Volkstag, den bereits angekündigte Friedensabend des Volkstages hin, der heute abend im großen Festsaal stattfindet. Es ist eine rege Anfrage nach Karten, so daß es sich empfiehlt, sich rechtzeitig einen Platz zu sichern.

Die volkswirtschaftliche Vereinigung (Bezirk Karlsruhe) veranstaltet eine Reihe von Vorträgen, in denen sie ihre Ziele darlegen beabsichtigt. Zunächst wird Metallarbeiter Duzer-Karlsruhe am Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr im Gemeindehaus, Blücherstraße 20, über das Thema: Religion, Staat, Kirche und Arbeiter-schaft sprechen. Am darauffolgenden Dienstag wird ein Vortrag von Stadtpfarrer Kolbe über den 'Nieder-

gang des kirchlichen Liberalismus und die Zukunft der evangelischen Landeskirche' stattfinden. Außerdem wird voraussichtlich am zwei Abenden über die Reform des Religionsunterrichts und an einem weiteren Abend über die neue Verfassung der Landeskirche von sachkundigen Rednern gesprochen.

Der Karlsruher Fußballklub 'Südwest 08' (Verein für Rasenspiele) veranstaltet heute Dienstag einen Vortragsabend, zu dem er alle Sportanhänger, hauptsächlich die heranwachsende Jugend, einlädt. Als Redner wurde der deutsche Meister im 110-Meter-Lauf, Adolf Seck, angenommen, der über die Reichstafeln und ihre Bedeutung für die Volkserziehung zu sprechen wird. (Siehe die Anzeiger.)

Stadteschul-Auszüge.

Todesfälle. 19. Febr.: Matthei, alt 18 Jahre. Vater Georg Matthei, Mutter, alt 21. Febr.: Friedrich Kubmann, Gemann, Kubmann, alt 61 Jahre. — 20. Febr.: Marie v. Pessold, alt 78 Jahre. Witwe von Pessold, Pessold, Pessold, alt 78 Jahre. — 21. Febr.: Hermann Scheller, alt 27 Jahre; Anneliese, alt 4 Monate 13 Tage. Vater Wilh. Seck, Dierpohlstr.; Mutter, alt 1 Jahr 4 Monate 18 Tage. Vater Friedrich Seck, Kaiserstr.; Emma Schmidt, geb. Stenopolski, alt 27 Jahre; Helene Schmidt, alt 78 Jahre. Witwe von Georg Schmidt, Zimmermeister. — 22. Febr.: Hermann Scheller, alt 27 Jahre; Anneliese, alt 4 Monate 13 Tage. Vater Wilh. Seck, Dierpohlstr.; Mutter, alt 1 Jahr 4 Monate 18 Tage. Vater Friedrich Seck, Kaiserstr.; Emma Schmidt, geb. Stenopolski, alt 27 Jahre; Helene Schmidt, alt 78 Jahre. Witwe von Georg Schmidt, Zimmermeister. — 23. Febr.: Hermann Scheller, alt 27 Jahre; Anneliese, alt 4 Monate 13 Tage. Vater Wilh. Seck, Dierpohlstr.; Mutter, alt 1 Jahr 4 Monate 18 Tage. Vater Friedrich Seck, Kaiserstr.; Emma Schmidt, geb. Stenopolski, alt 27 Jahre; Helene Schmidt, alt 78 Jahre. Witwe von Georg Schmidt, Zimmermeister.

Letzte Nachrichten.

Auflösung des A- und S-Rates in Halberstadt.

(Eigener Drahtbericht.)

Halberstadt, 24. Febr. Der A- und S-Rat in Halberstadt beschloß einstimmig seine Auflösung. Aus gleich wird der A- und S-Rat in Herbst (Anhalt) in der nächsten Woche zurücktreten, da er seine Mitarbeit für erledigt ansieht.

Typhus in Polen.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 24. Febr. Nach einer Gasanalyse aus Warschau breitet sich die Typhuskrankheit in ganz Polen, besonders im östlichen Teil, aus.

Einberufung der österreichischen Konstituante.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 24. Febr. Präsident Seis berief die konstituierende Nationalversammlung für Dienstag ein.

Das französische Koalitionsrecht.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Febr. Nach der 'Humanität' vom 22. Februar hat die französische Kammer trotz des Einbruchs des Arbeitsministers den Verzicht auf das Streik- und Koalitionsrecht ausgebaut.

Eisenbahnverfall.

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 24. Febr. Auf der Bahnstrecke Weidenfeld - Sieblich löste sich in der Nähe des Bahnhofs Lönnow von dem Waggons eines Güterzuges mit Veranlassung der Gaslecken und fiel auf das Gleis. Dadurch entleerten vier Personenwagen; 22 Personen wurden leicht verletzt.

Obborts, 24. Febr. (Eig. Drahtber.)

Das Theater, in dem die Wollstoffe ausfindigste Rezipienten gefangen gehalten wurden, wurde von der Menge in Brand gesetzt. Die Menge hinherte die Feuerwehr, das brennende Haus zu löschen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Chiffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Richtlinien für die Lebensmittelverforgung.

Der 'Engere Ausschuss' des Verbandes Deutscher Großhändler der Nahrungs-mittel- und verwandten Branchen hat für die Bewirtschaftung der Lebensmittel in der Übergangszeit folgende Richtlinien aufgestellt: Der Nahrungsmittel-Großhandel fordert grundsätzlich, daß der freie Handel wieder zur uneingeschränkten Betätigung gelangt, weil nur dadurch die Ernährung des deutschen Volkes ausreichend und zu angemessenen Preisen gesichert werden wird.

Der Verband Deutscher Großhändler erkennt aber an, daß die Einfuhr von Lebensmitteln, solange die Versorgung des Marktes nicht so sicher gestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können, nur durch Forderungsgewinnung gesichert sein kann, die unter Berücksichtigung aller Kriegsgefahren, auf der Selbstverwaltung des Handels beruhen. Die Art der Vorkaufsmittel dieser Forderungsmittel muß sich nach der Weltmarktlage der einzelnen Waren richten. Sie ist, soweit sie nicht schon, wie bei Kaffee, Tee, Reis und Kakao gesetzlich geregelt worden ist, unter maßgebender Mitwirkung des Verbandes Deutscher Großhändler der Nahrungsmittel- und verwandten Branchen festzusetzen. Eine Aufsicht des Reiches über die Forderungsmittel ist nur in Form eines Einprüfungsrechts und auch hier nur insoweit anzuerkennen, als die Interessen der Finanzwirtschaft des Reiches, der Sorge für zureichenden Schiffraum und des Schutzes unserer Waare ist unbedingt erforderlich.

Die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel während des Krieges hat zu große und allgemein erkannte Mängel gezeigt, daß der schleunige Abbau der Zwangswirtschaft, mit deren Beteiligung allein auch der Schleichhandel mit seinen schweren wirtschaftlichen und moralischen Schädigungen des Volkes verbunden wird, nach wie vor unsere Forderung bleibt. Jetzt, wo die Auflösung der Zwangswirtschaft für einzelne Waren bereits erfolgt ist und für weitere zahlreiche Arten von Lebensmitteln in Kürze erwartet werden muß, trägt der Verband Bedenken, noch grundsätzliche Änderungen in dem Aufbau der jetzigen Zwangswirtschaft aufzugeben. Deshalb scheint es uns auch nicht richtig, daß das Reichsernährungsamt jetzt noch Neuerungen der Organisation einführt, wie sie in den Richtlinien vom 4. Januar 1919 über die künftige Bewirtschaftung der Lebensmittel festgelegt sind. Wir müssen vielmehr bekräftigen, daß dieser neue Organisations-entwurf eine Verlagerung der Zwangswirtschaft herbeiführen wird, daß er die bestehenden Transportverhältnisse vernachlässigt, noch mehr Verwirrung als bisher schafft und damit die Sicherheit der rechtzeitigen Heranführung und Verteilung der Lebensmittel in den einzelnen Gemeinden noch in höherem Maße als bisher gefährdet wird.

Berliner Börse.

Berlin, 24. Febr. Stimmt auch die spartanische Bewegung an verschiedenen Stellen im Reich weiter und flackert sie hin und wieder erneut auf, so scheint die Börse doch der Meinung zu sein, daß der Höhepunkt bereits überwunden ist. Aus diesem

Grunde war die Stimmung bei Beginn recht fest beruhigt und Kurserhöhungen in mäßigen Umfang waren in der Mehrzahl. Als später eine irrgeschaffte Aufwärtsbewegung für Gelsenkirchener um 8 und 13 Proz. einsetzte, belebten sich die Umsätze am Montanmarkt, und feste Grundstimmung gewann auf allen Umkreisgebieten an Boden. Wegen Gelsenkirchener ließ es, daß dieses Wert keine Interessen in Luxemburg vorteilhaft abzugeben im Begriffe sei, und die Spartanische der Spekulation machte diesen Gesichtspunkt sofort für die anderen, teilweise im besetzten Gebiete liegenden Werte, wie Rombacher, Deutsch-Luxemburger, Kofbringer, Dittke, geltend, indem sie die Aktien dieser Unternehmungen und schließlich im Anschluß daran die fast aller anderen Montanwerte bei lebhaftem Geschäft fräftig in die Höhe hob. Daneben setzte sich auch noch die Aufwärtsbewegung in internationalen Aktien und ausländischen Rentenwerten fräftig fort, wie besonders für Schantung und Bruns-Heinrich-Bahn. Orientbahn waren vernachlässigt. Für die Zafab (später 8 Proz. gebietet). Von Schiffahrtsaktien trugen Hamburg-Südamerikaner und Santa Gertrude Steigerungen hervor. Auf den übrigen Marktgebieten ging es weitaus stiller her, doch waren auch hier Kurserhöhungen vorwiegend, besonders für Köln-Rottweiler, Orienten und Koppel, Daimler und Deutsche Waffenaktien. Kriegsanleihen und heimische Anleihen sind wenig verändert, 3 und 3 1/2 Proz. etwas schwächer. Von hierarchisch-ungarischen Papieren sind ungarische Staatsrenten gefragt und höher.

Berliner Kursnotierungen.

Table with 2 columns: Name and Price. Includes entries like Schantungbahn, Ostpreussische Eisenbahn, Lombarden, etc.

Devisenmarkt.

Table with 2 columns: Location and Exchange Rate. Includes entries like Holland, Dänemark, Bremen, etc.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Bei Eröffnung der neuen Geschäftswocher zeigte sich ein lebhaftes Geschäft auf dem Marke der ausländischen Bapiere, deren Kurse eine sehr feste Tendenz aufwiesen. Es waren die meisten ausländischen Bapiere höher bezahlt, da die Spekulation hinsichtlich der Entschädigung an der ausländischen Wertpapiere überwiegend nehmig war. Mexikaner, Chinesen waren an Desgleichen wurden bei weitem erhöht Kurs Canada Pacific umgelegt. Baltimore Ohio, Meridionbahn und ganz besonders auch Schantungbahn sehr fest, 116-118. Lombarden fanden zu 13 1/2 Aufnahme. Rest lagen Schiffahrtsaktien, Norddeutscher Lloyd 2, Katesfabrik 1/2 % höher. Gute Meinuna bestand für Montanwerte. Es waren Deutsch-Luxemburger 7 1/2, Gelsenkirchener 12 1/2, Rhein 5 1/2 % an. Höher stellten sich auch Petroleumaktien bei lebhaften Umsätzen. Die Aktien der Autowerte unterlagen geringen Veränderungen, Chemische und Elektroaktien auf bebautet. Am Marke der Bapiere mit Einheitskurven war die Tendenz ruhig, doch überwogen die Kurserhöhungen. Kriensanleihe, auch heimische Anleihen älterer Nabranne, wurden besser bezahlt. Privatdiskont 3 1/2, und darunter.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with 2 columns: Name and Price. Includes entries like Badische Bank, Darmstädter Bank, Deutsche Bank, etc.

Die Maschinenfabrik Badenia, vorm. Wm. Blatz Söhne u. G. in Weinheim, schlägt wieder 10 Proz. Dividende bei 93 822 M. (85 821 M.) Neubortrag vor. Die Generalversammlung findet am 15. März statt.

Briefkasten.

Aufgaben werden nur beantwortet, wenn die Abnommentragung beigefügt ist. Wiederholte Antworten genügt, auch Rückwärts.

Ch. Sch. 100. Der Feld- und Gartenbiebital wird gemäß § 144 des badischen Polizeistrafgesetzbuches von 50 Pf. bis 50 M. oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft, falls der Wert der entwendeten Früchte 2 M. nicht übersteigt. Bei einem Wert des entwendeten Gutes zwischen 2 und 5 M. beträgt die Strafe: Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bis zu 6 Wochen. Bei einem Wert von über 5 M. kommt normale Beise die Strafe des Reichsgefängnisses zuan Diebstahls in Freie, also in erster Linie Gefängnisstrafe. Um beurteilen zu können, welche Strafbestimmung in Ihrem Falle berechtigt ist, müssen Sie uns den genauen Sachverhalt mitteilen.

